**Studierendenparlament
der Universität Potsdam**

27. Wahlperiode

Große Chance am Brauhausberg - nur mit uns

Antrag Nr. **A27/XXXX**

Datum **24-06-2025**

Antragsteller **Juso-HSG und GHG, FSRgo**

Antrag

Das Studierendenparlament der Universität Potsdam beschließt:

EntschlieÙung zu folgenden Punkten

Studentisches Wohnen

Die Studierendenwohnheime am Griebnitzsee müssen weiterhin in öffentlicher Hand bleiben und dürfen nicht privatisiert werden. Auch mit dem Umzug der zwei Fakultäten an den Brauhausberg ist das Wohnheim am Griebnitzsee gut angebunden.

Die Versorgungsquote von 20% ist bei weitem nicht erfüllt, aus diesem Grund müssen sowohl die bestehenden Wohnheime beibehalten als auch neue am Brauhausberg gebaut werden.

Barrierefreiheit und Infrastruktur

Der neue Campus muss über Mensa, Bibliothek und Arbeitsräume für MAen (insb SHKs) verfügen. Darüber hinaus müssen genug Freiräume für Studis, wie beispielsweise Co-Working Spaces, FSR-Räume und Räume der studentischen Selbstverwaltung bereitgestellt werden. Wir fordern, dass insbesondere bei der Planung der studentischen Infrastruktur die Betroffenen maßgeblich beteiligt und angehört werden. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass die Barrierefreiheit nicht nur am, sondern auch auf dem Weg zum Campus gewährleistet ist.

Die Infrastruktur auf dem Weg zum Campus muss ausgebaut werden- zu Fuß, Bus und Fahrrad, sowie für Parkplätze soll gesorgt werden.

Wissenschaftsfreiheit - gemeinsames Studi leben

Die Zugänglichkeit zu den HPI-Räumen für Studis der Universität Potsdam soll ausgebaut und niedrighschwelliger gestaltet werden. Besonders Hürden in Bezug auf die Nutzung der Aufenthalts- und Lehrräume sollen abgebaut werden, sodass eine gleichberechtigte und inklusive Nutzung für alle Studis möglich ist.

In Bezug auf die Lehre fordern wir, dass bei der Forschung mit KI die Datenschutzbestimmungen eingehalten und die Freiheit der Dozierenden weiterhin gesichert werden.

Geld aus Verkauf des GS

Für den Fall, dass die Vorhaben des Letter of Intent wie dargelegt umgesetzt und somit der Campus Griebnitzsee verkauft wird, fordern wir, dass der Erlös der studentischen Infrastruktur am Campus NP und Golm zu Gute kommt. Um eine möglichst effiziente Nutzung des Geldes zu ermöglichen, setzen wir uns für den Abbau von Hürden für Investitionen ein und fordern alle Akteur:innen auf, das Gleiche zu tun.

Beteiligung

Um die Beteiligung von Studierenden sicherzustellen, bekennen sich die Antragsstellenden zu dem Vorhaben, eine Sonderbeauftragung für diesen Bereich einzurichten. Dieses Vorhaben richtet sich explizit auch an die neuen Mitglieder des StuPas in der kommenden Legislatur.

Die Laufzeit der Sonderbeauftragung soll bis zu einer potenziellen Einführung einer stud. Vizepräsidentin/ einem stud. Vizepräsidenten dauern.

Darüber hinaus fordern wird die Einbeziehung der Personalvertretungen, der akademischen und studentischen Selbstvertretungen, sowie der vom Umzug betroffenen FSRs.

Um eine breite Beteiligung sicherzustellen, schlagen wir eine Umfrage unter allen Studierenden vor, in denen diese ihre Wünsche und Vorschläge zur Sachlage gehört machen können.

In Bezug auf die Mensen und Wohnheime sehen wir es außerdem als unerlässlich an, dass das Studierendenwerk als einer der wichtigsten Akteure in diesen Bereichen angehört und dessen Impulse umgesetzt werden.

Alles bitte Nachhaltig

Um das Klimaschutzkonzept der Universität einzuhalten und den Landesvorgaben nachzukommen, fordern wir den Einbau von Solaranlagen. Darüber hinaus halten wir die Begrünung des Campus für eine Selbstverständlichkeit im Angesicht des voranschreitenden Klimawandels.

Begründung

Bei der Entscheidung wurde die studentische und akademische Selbstverwaltung nicht mit einbezogen, deswegen ist es bei der Ausgestaltung umso wichtiger. Studierende und Lehrende - die Menschen, die ihren Alltag an der Uni verbringen - wissen am Besten über ihre Bedürfnisse Bescheid. Es ist wichtig, dass diese Stimmen nicht nur gehört, sondern deren Wünsche auch umgesetzt werden.

Finanzielle Folgen

keine, bis auf die Kosten der Sonderbeauftragte (diese werden voraussichtlich durch einen anderen Beschluss geltend gemacht werden)